

HNA

Freitag, 23. Juni 2006

Northeim

Sami Meri

Wenn Sie mich fragen...



...ist Sami Meri ein Härtefall.

Mark-Christian von Busse

Die Welt ist zu Gast bei Freunden, und die sind tatsächlich freundlich, gastfrei, entspannt, sympathisch. Deutschland feiert eine einzige Party, eine ungeahnte Euphorie bricht aus. Gäste aus aller Welt tragen zu fantastischen Fußballfesten bei.

Die Geschichte des Sami Meri klingt da wie aus einer anderen Zeit. Seit 1981 lebt er mit ungesichertem rechtlichen Status in unserem Land. Noch immer muss er gegen die Abschiebung kämpfen.

Ganz unabhängig von der Sachlage: Kann Meri, der damals 14 Jahre alt war, noch heute vorgeworfen werden, was für Angaben seine Eltern über die Herkunft der Familie machten? Wenn deutsche Politik, Justiz, Verwaltungen eine 20 Jahre dauernde Unsicherheit für Sami Meri selbst nicht früher beenden konnten, müssen darunter sechs minderjährige Kinder leiden, die hier aufwachsen und in ein ihnen völlig fremdes Land verfrachtet würden? Ich meine: Nein. Deutschland würde sich nicht als Land von Freunden zeigen, sondern als herzlos.

vbs@hna.de

Beschluss über Petition vertagt

NORTHEIM. Der niedersächsische Landtag wird heute noch nicht über die Petition des Northeimer Imbiss-Betreibers Sami Meri entscheiden, der seine Abschiebung in die Türkei zu verhindern versucht. Das teilte der Northeimer FDP-Landtagsabgeordnete Wolfgang Hermann mit, der Meris Bemühen um den Verbleib in Deutschland unterstützt. (vbs)

➔ Mehr im Innern

Sami Meri bangt weiter

Aufschub für Abschiebungs-Beschluss: Über Petition wird heute nicht entschieden

VON
MARK-CHRISTIAN V. BUSSE

NORTHEIM. Sami Meri ist nervös. Der 35-Jährige geht in seinem Döner-Laden an der Göttinger Straße auf und ab, holt Wasser, setzt sich, das Handy klingelt, er steht wieder auf. Sami Meri strahlt zwar seine Kunden noch freundlich an, doch dass seine Zukunft auf dem Spiel steht, und damit die seiner Frau und der sechs gemeinsamen Kinder, das Wissen darum kann er nicht verbergen.

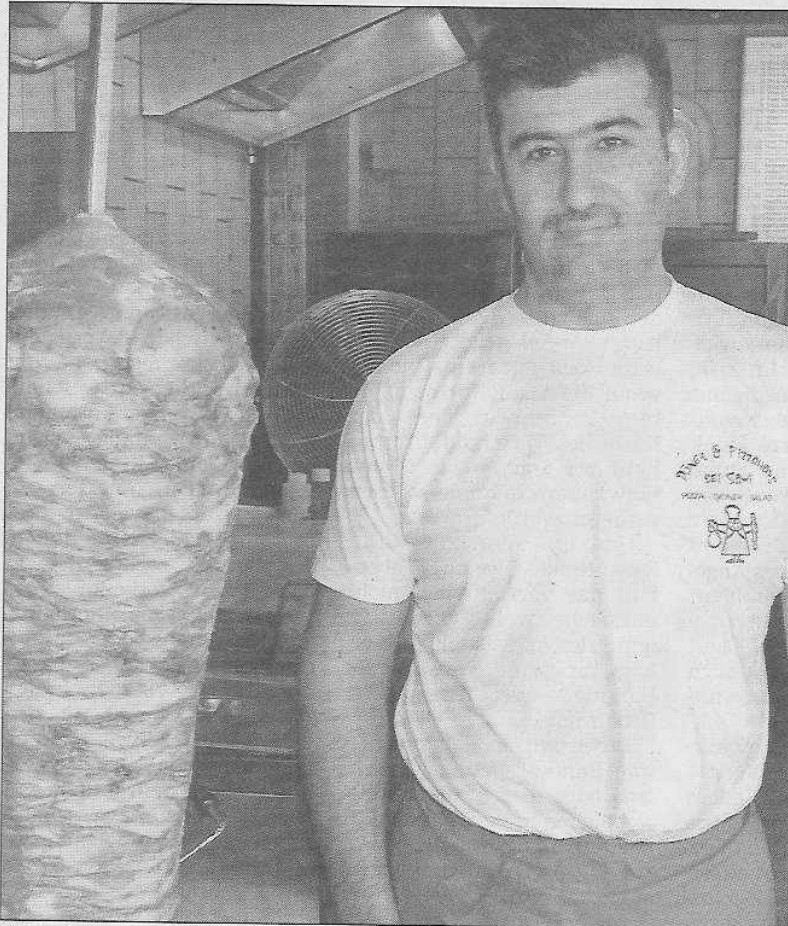
Der niedersächsische Landtag sollte, wie berichtet, am heutigen Freitag entscheiden, ob Meri und die Kinder Besir, Valit, Besire, Marva, Abdul und Mohammed in Deutschland bleiben oder in die Türkei abgeschoben werden. Der Petitionsausschuss hatte das Gesuch Meris bereits abgelehnt (wir berichteten).

Nun gibt es doch noch einen Aufschub. Auch durch die Intervention des Northeimer FDP-Landtagsabgeordneten Wolfgang Hermann hat der Landtag die Petition zunächst von der Tagesordnung genommen. Hermann sagt, er wolle Zeit und Kraft aufwenden und alles daran setzen, dass die Familie Meri in Northeim bleiben darf.

Auf eigenen Füßen

Im Februar hatte unsere Zeitung zum ersten Mal über Meris Hoffnung berichtet, im Rahmen einer Härtefallregelung in Deutschland bleiben zu können. Seither hat er dem Petitionsausschuss gegenüber deutlich zu machen versucht, dass er unbescholten ist, wirtschaftlich auf eigenen Füßen steht, seine Familie ernähren kann.

Tipps, wie Meri dabei vorgehen solle, hat ihm auch der Northeimer Unternehmer Hermann gegeben. „Ich sehe die Zukunft dieser Familie po-



Zukunft ungewiss: Imbiss-Betreiber Sami Meri und seine sechs Kinder sollen abgeschoben werden.

Foto: von Busse

sitiv“, sagt Hermann. Ihm imponiert, wie Meri als Selbstständiger seinen Döner-Laden führt. Für die Entscheidung über die Härtefallregelung sei ganz wesentlich, dass Meri nicht abhängig von staatlicher Unterstützung sei.

Auf Meris Antrag stellte der Landkreis also eine Bescheinigung aus, dass er kein Wohngeld mehr in Anspruch nimmt. Das Finanzamt erteilte eine steuerliche Bescheinigung über den Imbiss-Betrieb. Sein Steuerberater stellte Belege über die Höhe des erwirtschafteten Einkommens in den vergangenen drei Jahren

zusammen. Meri erhielt ein tadelloses polizeiliches Führungszeugnis.

Darlehen getilgt

Seine Darlehen bei einer örtlichen Bank, die er in den Betrieb investiert hatte, wurden durch Sonderzahlungen vorzeitig komplett getilgt. Dabei liehen Meri seine „Unterstützer“ Geld, also die Menschen, die ihn auch juristisch beraten. Die Darlehen stehen in keinem Zusammenhang mit der ausländerrechtlichen Situation, er war seinen Rückzahlungsverpflichtungen stets nachgekommen, wollte sich

aber trotzdem von den Zinsbelastungen und Tilgungsraten befreien, um deutlich zu machen, wie gesichert seine finanzielle Lage ist.

All diese Unterlagen sandte der 35-Jährige dem Petitionsausschuss. Er könne „gut existieren“, teilte er mit und wies darauf hin, dass er „auch Arbeitgeber im bescheidenen Sinne“ sei.

Die Mehrheit des Ausschusses, in dem neun Vertreter der CDU, sechs der SPD und je einer von Grünen und FDP sitzen, war von all diesen Bescheinigungen nicht beeindruckt.

Zu den Abgeordneten, die versuchen, diese Mehrheit beim Beschluss im Landtag zu kippen, gehört neben Wolfgang Hermann die frühere niedersächsische Justizministerin

Heidrun Merk (SPD), die auch Berichterstatterin über die Petition ist.

Falls Meri abgeschoben würde, würden die Kinder, die alle (bis auf den dreijährigen Mohammed) in Northeim zur Schule gehen, entwurzelt, von ihrer Mutter getrennt. Denn Meris ebenfalls aus dem Libanon stammende Frau Nova wäre von der Ausweisung nicht betroffen. Karl Heinz Welder vom Arbeitskreis Asyl, der Meris Gesuch unterstützt (siehe Artikel links), bittet deshalb darum: „Gnade vor Recht ergehen und Humanität walten zu lassen“.

der Türkei

Vorfahren flüchteten aus der Türkei

Sami Meri ist aus dem Libanon in die Bundesrepublik eingereist, 1985, als 14-Jähriger. Das Alter spielt eine große Rolle, denn strittig - und im Verfahren wesentlich - ist, was Meri als Kind in den Bürgerkriegswirren des Libanon über seine Herkunft wusste.

Meri, 1971 im Libanon als staatenloser geboren, sagt, er sei kein Türke, sondern gehö-

re der arabisch sprechenden, mit den Kurden verwandten Minderheit der Mahalmi an. Die Ausländerbehörde hat Meris Darstellung zufolge seiner Familie im Jahr 2001 die Aufenthaltserlaubnis mit der Begründung entzogen, dass ein Teil der Verwandtschaft in der Türkei unter neuem Namen registriert worden sei. Daraus habe man die türkische Staats-

angehörigkeit für Meri - für den Landkreis heißt er Dogroyul - abgeleitet.

Meri gehört zu einer großen Gruppe aus dem Libanon eingereister Asylbewerber, denen Asylmissbrauch und Sozialhilfebetrug vorgeworfen wurde. Ihre Vorfahren sind nach Darstellung der Flüchtlinge in den 20er-Jahren nach Gründung der Türkei in den

Libanon geflohen. Zur „Zwangstürkisierung“ habe die Fortführung türkischer Melderegister gehört. Auf diesen chaotischen und fragwürdigen Eintragungen beruhe die Zuschreibung der arabischen Minderheit als Türken. In den Libanon konnten die Asylbewerber wegen fehlender Abkommen nicht abgeschoben werden. (vbs)

HNA 23-6-06

„Flüchtlingskind, Vorzeigebürger“

Karl Heinz Welter (AK Asyl) über Sami Meri

NORTHEIM. Karl Heinz Welter vom Arbeitskreis Asyl Northeim nennt es „unmöglich und unerträglich“, dass Sami Meri abgeschoben werden soll. „Er wurde vom Flüchtlingskind zum integrierten Vorzeigebürger“, so fasst Welter den Lebensweg des 35-jährigen zusammen, der türkischen Boden nie betreten habe, dem aber vorgeworfen werde, er sei Türke und habe Asylbetrug begangen.

Selbstständig

„Er managed sein Leben mit Bravour“, meint Welter. Als 14-Jähriger habe Meri dem Unterricht mangels Sprachkenntnisse überhaupt nicht folgen können, er beherrschte wegen des Bürgerkriegs im Libanon nicht einmal die arabische Schriftsprache. Später arbeitete Meri als Maurergehilfe und als Aushilfe in einem italienischen Restaurant in Einbeck sowie in einem Imbiss in Bad Gandersheim. Vorbereitet durch die Industrie- und Handelskammer, machte er sich 1997 selbstständig.

Inzwischen beziehe Meri weder Wohngeld noch Sozialhilfe, könne als Selbstständiger

sich und seine Familie ernähren. Die Geschäftsentwicklung werde positiv prognostiziert, sagt Welter.

Im Frühjahr hätten sich parteiunabhängige Mitglieder der paritätisch besetzten Härtefallgruppe nach eingehender Prüfung der Meri-Akte mit einem Abstimmungsergebnis von vier zu eins für eine Härtefall-Lösung zu Gunsten von Sami Meri und seiner Familie entschieden, berichtet Welter - ohne dass das auf den Petitionsausschuss Wirkung gezeigt habe.

In den vergangenen Wochen und Monaten habe es in diesem Ausschuss, aber auch im Landtag generell, in kirchlichen und weiteren Gremien heftige Auseinandersetzungen und Besinnungsphasen um eine neue Härtefallregelung gegeben.

Entwurf für Neuregelung

Inzwischen, so Welter, liege der Entwurf einer neuen Härtefallregelung vor, nach der Sami Meri ein Bleiberecht zugestanden werden müsste: „Vielleicht und hoffentlich ist dann endlich Schluss mit den nicht mehr nachvollziehbaren Abschiebeargumenten.“ (vbs)